



# Brief aus Berlin



[www.brigitte-zypries.de](http://www.brigitte-zypries.de)



direkt gewählt - direkt erreichbar

8. Februar 2012

Liebe Leserin, lieber Leser,

diese Woche wird im Bundestag die Energiewende an prominenter Stelle diskutiert. Fast ein Jahr ist seit Fukushima vergangen – und inzwischen kommen die Warnungen von allen Seiten. Der Bundesverband der Deutschen Industrie kritisiert: „Die Energiewende wird nicht durch Reden bewirkt, sondern durch Fakten, und das nimmt die Politik nicht ernst genug.“ Energieintensive Industrie wandere ab. Ebenso die Industriegewerkschaft IG BCE: „Es fehlt an allen Ecken und Enden an Koordination und Entscheidungen, es fehlt bis heute an einem stringenten politischen Management.“ Ob Versorgungssicherheit, Preise, berechenbare Bedingungen für Investitionen, Fortschritte beim Klimaschutz – das Handeln der Bundesregierung bleibe „vage, unkoordiniert und Antworten schuldig“.

Verunsicherung der Investoren, Lieferschwierigkeiten bei Spezialkabeln, Probleme mit der Baugenehmigung und der Finanzierung stellen den Ausbau der Windenergie in Frage. Schleswig-Holstein hat von 700 Kilometern Netzausbau, die bis 2014 vorgesehen sind, gerade erst 30 Kilometer realisiert.

Was Schwarz-Gelb und das Kanzleramt offenbar zu keinem Zeitpunkt verstanden haben: Für den Umbau der Energiebasis reicht es nicht, Atomkraftwerke abzuschalten und ein paar Gipfel und Kommissionen mit schönen Reden zu inszenieren. Wir brauchen die politische Kompetenz für Energiepolitik und Netzausbau in einer Hand!

Das Thema Energie ist auch angesichts der Wetterlage aktuell. Berlin ist seit Tagen im Dauerfrost - heute scheint die Sonne dazu und ich habe deshalb heute morgen den Fotoapparat zur Hand genommen...

*Euse / Anne Brigitte Zypries*

## Vorlesen im Februar Geschichten von Eis und Schnee

Wenn Erwachsene Kindern vorlesen, hat das viele positive Effekte: Es weckt nicht nur das Interesse an Geschichten und ermuntert so zum Selberlesen, sondern die Kinder genießen auch die Zuwendung, die sie in der Vorlesezeit bekommen. Weil in vielen Familien heute wenig oder gar nicht mehr vorgelesen wird, ist die Idee der Lesepaten entstanden.

**Die Vorlesepaten lesen jeden Samstag um 11 Uhr in der Kinder- und Jugendabteilung der Stadtbibliothek im Justus-Liebig-Haus, Große Bachgasse 2, für Kinder ab vier Jahren vor. Beim Vorlesen im Februar in der Stadtbibliothek stehen Geschichten von Eis und Schnee auf dem Programm.**

Der Eintritt ist frei und eine Anmeldung nicht erforderlich.



### Das Parlamentsfernsehen Live aus dem Bundestag

„Der Bundestag verhandelt öffentlich“, so steht es in Artikel 42 des Grundgesetzes. Das Parlamentsfernsehen macht es möglich, dass jeder von Zuhause aus am Fernseher oder Computer und unterwegs auf dem Handy oder Smartphone die **Debatten verfolgen** kann - und zwar live, als Video oder Audio-Stream.

Alle Plenardebatten und die öffentlichen Ausschusssitzungen und Anhörungen seit Beginn der 17. Wahlperiode sind außerdem in der Mediathek auf der Bundestags-Website verfügbar, noch ältere im Archiv.

Im Internet finden Sie das Parlamentsfernsehen unter:

[www.bundestag.de/Mediathek/index.jsp](http://www.bundestag.de/Mediathek/index.jsp). Den Audio-Stream gibt es hier: [www.bundestag.de/Mediathek/parlamentstv/audio/audio.html](http://www.bundestag.de/Mediathek/parlamentstv/audio/audio.html) und auf dem Handy oder Smartphone ist es zu haben unter [m.bundestag.de](http://m.bundestag.de).

## Für den Standort Deutschland: Moderne Industriepolitik muss gefördert werden!

Deutschland ist eine Industrienation mit einem starken Mittelstand, mit großer Expertise in Forschung, Entwicklung und Produktion und mit einem soliden Fundament für Wachstum, Wohlstand und Arbeitsplätze. Damit das so bleibt, dürfen wir uns aber nicht auf dem Erreichten ausruhen und selbstzufrieden „weiter so!“ sagen - denn ganz von allein geht es eben nicht einfach „so weiter“. **Spätestens seit der Finanzkrise ist es allen klar: Wachstum, das durch den Raubbau an Ressourcen dem Wohlstand von Morgen die Grundlage entzieht, das wenige bereichert und immer mehr Menschen abhängt, ist keine Lösung für die Zukunft. Nachhaltige Lebensqualität und gesellschaftlicher Fortschritt müssen in den Mittelpunkt des Wirtschaftens rücken.**

Die Welt hat sich verändert. Industrie muss sich heute der Globalisierung stellen, sie muss damit zurechtkommen, dass Rohstoffe und Fläche knapper werden und dass Umwelt- und Klimaschutz eine große Rolle spielen. **Demografische Entwicklungen und technologische Innovationen werden den Industriestandort Deutschland nachhaltig beeinflussen. Verantwortungsvolle Politik muss darauf reagieren.** Die SPD tut das mit ihrer Initiative für moderne Industriepolitik, die am Donnerstag ins Parlament eingebracht wird.

Noch vor 20 Jahren sah Arbeit in der Industrie ganz anders aus als heute. Digitalisierung und Vernetzung sind mittlerweile in den Büros so wichtig wie in den Produktionsabläufen. Auf diesem Gebiet ist unsere Region ein bedeutender **Standort: Allein in Darmstadt gibt es mittlerweile 600 IT-Unternehmen! Die Software-Industrie als ein Beispiel dieser Branche wächst enorm schnell:** insgesamt werden dort 450.000 neue Arbeitsplätze bis 2030 erwartet. Unsere Region wird davon profitieren.

Der Softwarebereich ist auch deshalb so wichtig, weil er in nahezu alle anderen Wirtschaftszweige hineinwirkt, Software wird überall benötigt. **Wir wollen, dass Deutschland seine industrielle Erfolgsgeschichte fortsetzt und auf den Strukturen des über Jahrzehnte gewachsenen industriellen Clusters aufbaut – dazu sind wir auf die Entwicklung von IT-Infrastruktur angewiesen und müssen sie gezielt fördern.** Die Förderung regionaler Netzwerke und Cluster ist wichtig, ebenso die Förderung von technischem Verständnis schon bei Kindern. Wir wollen Forschung und Entwicklung steuerlich begünstigen und bessere Finanzierungsmöglichkeiten für junge Firmen schaffen.

Am 1. Februar habe ich übrigens in Darmstadt an einer Pressekonferenz teilgenommen. Dort wurde angekündigt, dass es **am 30. und 31. Mai zum ersten Mal eine Fachmesse für Informationstechnologie in Darmstadt geben wird: die „IT&Media“.** Im Blickpunkt werden dabei Themen wie Cloud Computing, Datensicherheit und Datenschutz, aber auch der Kostendruck für mittelständische Unternehmen sein.



### Ein Wort zum Brief aus Berlin

Der Brief aus Berlin ist eine Information für die Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis. Ich möchte meine Arbeit in Berlin so transparent und bürger-nah wie möglich gestalten. Sie können mir dabei helfen, indem Sie mir Ihre Wünsche und Verbesserungsvorschläge mitteilen und den Brief aus Berlin an Freunde und Bekannte weitergeben. Sie können diesen Newsletter gerne über mein Büro in Berlin abonnieren: Schreiben Sie einfach eine E-Mail mit dem Betreff *Brief aus Berlin* an [brigitte.zypries@bundestag.de](mailto:brigitte.zypries@bundestag.de).

*V.i.S.d.P.: Brigitte Zypries, MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin*

*Fotos:  
Brigitte Zypries*

### Arbeitslosenversicherung weiterentwickeln

Die Arbeitslosenversicherung in ihrer heutigen Gestalt bietet immer weniger Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern Schutz. Viele haben keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld, da sie in einem Zeitraum von zwei Jahren weniger als 12 Monate lang versicherungspflichtig beschäftigt waren. **Ein Viertel der Arbeitslosen erhält daher kein Arbeitslosengeld I.**

Immer mehr Menschen arbeiten heute in befristeten Arbeitsverhältnissen, zum Beispiel projektbezogen oder als Saison- oder Zeitarbeiter. In der Kulturszene sind kurzfristige Beschäftigungsverhältnisse ohnehin keinesfalls ungewöhnlich: Beim Film etwa ist ein Schauspieler manchmal nur für zwei Drehtage im Monat versicherungspflichtig angestellt - die Arbeit, für die er bezahlt wird, dauert aber natürlich viel länger und diese Zeit wird nicht mitgezählt, wenn der Anspruch auf Arbeitslosengeld errechnet wird. **Diese Menschen zahlen zwar in die Arbeitslosenversicherung ein, erhalten aus der Kasse aber nie Leistungen, wenn sie arbeitslos sind. Das ist ungerecht und muss verändert werden.** Betroffen sind nicht nur Kreative - **auf dem Arbeitsmarkt hat sich das Phänomen der kurzfristig Beschäftigten in den letzten Jahren immer weiter ausgedehnt.** Deshalb bringt die SPD am Donnerstag einen Gesetzentwurf in den Bundestag ein: „Die Schutzfunktion der Arbeitslosenversicherung stärken – Rahmenfrist verlängern – Besondere Regelungen für kurz befristete Beschäftigte entfristen und weiterentwickeln“. Denn genau diese Änderungen würden vielen Menschen helfen.

In unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung auf, die Rahmenfrist für den Bezug von Arbeitslosengeld I von zwei auf drei Jahre zu verlängern. Kurz befristete Beschäftigte sollen Anspruch auf Arbeitslosengeld I von mindestens drei Monaten haben, wenn sie sechs Monate Beiträge gezahlt haben. Die Auswirkungen dieser Regelungen sollen wissenschaftlich begleitet und ausgewertet werden, damit wir sicher gehen können, dass die Instrumente, die wir einsetzen auch den Menschen helfen, für die sie gedacht sind und nicht an ihren Bedürfnissen vorbei gehen. Das ist heutzutage sehr wichtig, weil sich der Arbeitsmarkt so rasant verändert. **Die Arbeitslosenversicherung muss so umgestaltet werden, dass ihre Schutzfunktion wieder hergestellt ist.**